



Interviews

Datum: 30. Juli 2024

Norbert Walter-Borjans, Ex-SPD-Vorsitzender, im Gespräch mit Tobias Armbrüster

Tobias Armbrüster: Langstreckenraketen, die von Deutschland aus auch Russland erreichen können. Das Prinzip der Abschreckung mit solchen weitreichenden Waffen, eventuell auch mit Atomsprengköpfen. Darüber wurde hier bei uns in Deutschland in den 80er-Jahren lange und erbittert gestritten und demonstriert mit Ostermärschen, Straßenblockaden und Großdemonstrationen mit hunderttausenden von Teilnehmern. Das ist lange Geschichte. Jetzt aber sollen solche amerikanischen Raketen wieder in Deutschland aufgestellt werden. Die Bundesregierung und die USA haben das beim letzten NATO-Gipfel vor wenigen Wochen vereinbart. Ab 2026 soll es soweit sein. Kritik daran ist bislang kaum zu hören. Einige ehemalige SPD-Politiker melden sich jetzt allerdings zu Wort und bemängeln die fehlende Debatte. Einer von ihnen ist der ehemalige Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans, jetzt bei uns am Telefon. Schönen guten Morgen, Herr Walter-Borjans.

Norbert Walter-Borjans: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Neue Langstreckenwaffen für Deutschland – was genau stört Sie an dieser Ankündigung?

Walter-Borjans: Auf jeden Fall, dass eine so weitreichende Entscheidung, zu der es keine abschließende Meinung gibt, ob diese die Sicherheit tatsächlich erhöht, oder ob sie nicht umgekehrt uns auch zum Ziel eines Erstschlages machen kann, dass eine so weitreichende Entscheidung praktisch nicht debattiert wird, dass sie mehr oder weniger im Alleingang getroffen, bekanntgegeben wird und es eine, für mich beängstigende Stille in der gesamten Gesellschaft gibt, nicht nur im Parlament, auch nicht nur in einer Partei, obwohl ich immer wieder Menschen treffe, und zwar überwiegend Menschen treffe, die sich Sorgen machen, insofern ist das eine die Frage, hilft dieses Vorhaben, ist das nicht eine Abwendung von allem, was wir schon einmal erreicht haben, klar angesichts eines verbrecherischen Kriegsherrn im Kreml, aber auf der anderen Seite steht daneben auch die Frage, muss man eine so weitreichende Entscheidung nicht intensiv debattieren, weil sie trifft wirklich nicht nur uns, sie trifft auch die nächste Generation und sie trifft viele Menschen, erst recht dann, wenn der Abschreckungsmechanismus nicht gelingen sollte.

Armbrüster: Hat der Bundeskanzler, hat Olaf Scholz diese Debatte unterdrückt?

Walter-Borjans: Ich will nicht sagen unterdrückt, sondern es ist tatsächlich jedenfalls nach allem, was ich selbst mitbekomme als Bürger, aber auch aus Gesprächen mitbekomme, nicht eine größere Debatte, auch nicht im internen Kreis gewesen über die möglichen Folgen. Ich habe das Gefühl, wir sind hier in einem, wenn man das so will, teuflischen Schach-

spiel. Da ist auf der einen Seite jemand im Kreml, dem ist jedes Bauernopfer egal. Wir wissen, dass er auch vor Kollateralschäden nicht zurückschreckt. Wir müssen nur in die Ukraine blicken. Und auf der anderen Seite steht dagegen eine Reaktion, die nachvollziehbar, die verständlich ist, die ich auch respektiere, aber bei der man mal darüber nachdenken müsste, was ist denn im nächsten, übernächsten Zug dieses teuflischen Schachspiels. Die Debatte ist zumindest nicht geführt worden und mein Verständnis von Geschlossenheit, wie wir das auch vor der Bundestagswahl 2021 geschafft haben, war nicht, dass einer Fakten schafft und alle anderen im Zweifel die Faust in der Tasche ballen, sondern dass man wirklich über eine ganze Reihe von Dingen sachlich, ohne persönliche Animositäten streiten kann und das dann gemeinsam Errungene dann auch vertritt. Das ist Geschlossenheit.

Armbrüster: Aber, Herr Walter—Borjans, wenn Olaf Scholz, wenn der Bundeskanzler in dieser Frage – und das nehmen ja viele an – den Großteil seiner Koalition hinter sich weiß, muss er dann vorher noch öffentlich groß darüber diskutieren? Bei vielen anderen außenpolitischen, auch verteidigungspolitischen Vorgaben macht er das auch nicht und da gibt es kaum Kritik.

Walter-Borjans: Wir reden hier über eine Entscheidung, die mehr noch als die Reichweite hat, die Anfang der 1980er-Jahre die Gesellschaft sehr bewegt hat. Wir sind insofern in einer anderen Situation, weil wir auf der einen Seite ein anderes Verhalten des Kreml haben, obwohl ich auch da sagen muss, 1982/83 hat niemand davon gesprochen, dass die UDSSR verlässlich sei, sondern die Nachrüstung ist auch da vor dem Hintergrund beschlossen worden, dass man gesagt hat, du musst immer mit Aggression rechnen. Das ist das eine.

Das zweite ist: Wir reden über Waffen, die praktisch keine Reaktionszeit mehr zulassen und die vermeintlich, obwohl sie eine verheerende Wirkung haben, einen begrenzten Wirkungsraum haben. Die stehen auf der russischen Seite in einem verhältnismäßig dünn besiedelten, extraterritorialen Bereich, nämlich in Kaliningrad, und jetzt soll das Gegengewicht im dichtbevölkerten Deutschland mittendrin erzeugt werden. Da sage ich mal, ich glaube schon, dass das eine andere Situation ist als andere Entscheidungen, über die man die eigene Partei, die Fraktionen einbeziehen sollte, aber auch breite Kreise der Gesellschaft.

Armbrüster: Wäre Ihnen ein anderer Standort für diese Raketen lieber?

Walter-Borjans: Ich gehöre nicht zu denen, die sich selbst zum Experten erklären und alle anderen, die was anderes meinen, für Dilettanten oder Träumer. Das ist leider in der umgekehrten Sichtweise immer wieder festzustellen. Ich weiß nur, dass es eine ganze Reihe von hochrangigen Militärberatern gibt, zuletzt jetzt Wolfgang Richter, der Oberst a.D. ist, leitende Militärberater der deutschen VN- und OSZE-Vertretung, also Menschen, von denen ich schon sage, wenn die plausibel etwas beschreiben, ist das nicht irgendwo aus der Luft gegriffen. Da glaube ich schon, dass man sich mit diesen Dingen auseinandersetzen muss.

Armbrüster: Herr Walter-Borjans, Russland – das muss man sich auch immer wieder in Erinnerung rufen – hat vor zwei Jahren diesen Krieg, den größten Landkrieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg gestartet. Muss Deutschland auf diese Drohung denn nicht reagieren?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Walter-Borjans: Noch mal: Es geht nicht darum, eine Meinung in diesem sehr speziellen Bereich für richtig und die andere für falsch zu erklären. Das ist ja genau der Grund, warum Debatte so wichtig ist und, ehrlich gesagt, auch die SPD gefordert ist als eine Partei, die Debatten nie gescheut hat und die nicht immer losläuft und sagt, es gibt ein Patentrezept. Ja, es ist ein furchtbarer Aggressionskrieg Putins in der Ukraine. Wir stellen aber doch auch fest, dass wir jetzt seit mehreren Jahren in einem Stellungskrieg sind und dass weiteres Drohen alleine nicht Lösungen verspricht, sondern dass die Frage immer wieder ist, auch mit jemandem, mit dem man sich ungerne an einen Tisch setzen würde, wie kann ich die Ankündigung nachzurüsten koppeln mit der immer wieder wiederholten Aufforderung, zurückzukehren auch zu Abrüstungsverhandlungen. Das wäre das Beste.

Es gibt auch – das sagen Militärberater, unter anderem Richter und andere – Stationierungen, die außerhalb dichtbesiedelter Gebiete sind. Das heißt nicht, dass ich den schwarzen Peter anderen zuschieben will. Es gibt zum Beispiel auch U-Boot-gestützte, meeresgestützte Basen. Hier ist jedenfalls noch nie von jemandem ausgeschlossen worden, dass eine Stationierung in einem dichtbesiedelten Gebiet auch dazu führen kann, dass wir Ziel eines Erstschlages werden. Es wird immer nur ein bisschen beschwichtigt und gesagt, na ja, damit zu rechnen ist nicht unbedingt. Aber ehrlich gesagt, mich beruhigt das nicht und die Menschen, die ich treffe, viele Menschen, die ich treffe, auch nicht.

Armbrüster: Aber genau diese Koppelung, die Sie jetzt beschreiben, Aufrufe zur Verhandlung plus gleichzeitig sehr konkrete Androhungen, das ist genau das, was im Kalten Krieg, sagen zumindest viele Experten, sehr gut funktioniert hat, was letztendlich zu einem Ende des Kalten Krieges geführt hat. Warum sollte es jetzt nicht wieder funktionieren?

Walter-Borjans: Erst mal, weil es dieses Junktim der Androhung im Falle des Nichtverhandelns gar nicht gibt, sondern es gibt nur die Feststellung, ab 2026 wird nachgerüstet und Verhandeln ist eigentlich im Moment aussichtslos. Das ist ein Unterschied.

Der zweite Punkt, der im Kalten Krieg auch nicht funktioniert hat und Anfang der 80er-Jahre viele Menschen auf die Straße getrieben hat, ist, dass Abschreckung zwischen den beiden damaligen Supermächten, solange sie damit verbunden war, dass jeder rechnen musste, selbst Ziel zu werden, vielleicht funktioniert hat, aber dass damals der Schritt gegangen wurde, dass die Interessen der USA ein Stück auf das, ich sage es jetzt mal, Schlachtfeld Europa ausgelagert werden und dass jetzt von Russland mit der Einbeziehung dieses extraterritorialen Gebiets Kaliningrad genauso gehandhabt werden. Das heißt, wir haben eine Minderung in dieser Abschreckungswirkung, weil in Wirklichkeit diejenigen, die da im Streit miteinander liegen, gar nicht die Ziele sind eines möglichen Entgleisens. Und das, finde ich, ist eine öffentliche Debatte wert. Die kann man nicht einfach nur hinnehmen und sagen, na gut, dann ist das jetzt so, die Zeiten sind andere und dann werden wir uns jetzt darauf einstellen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.